

## 7 Fazit

Blickt die Migrationsforschung auf Religion, so eröffnet sich eine vielfältige Gemengelage an Debatten, Akteur\*innen und Perspektiven. Menschen, die zuwandern, bringen ihre Religion in die Zielländer mit, finden dort Strukturen vor und tragen zur Veränderung religiöser Landschaften bei. Gleichzeitig sind bestehende Strukturen und Institutionen gefordert, diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Religiosität verändert sich durch Migration, obwohl hier keine eindeutige Richtung benannt werden kann, in die diese Veränderung geht. Fragen von Kultur und regionaler Tradition sind von Religion nie strikt zu trennen. Manche religionsbezogenen Debatten im Themenfeld Migration sind von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung bestimmt. Oft erhoffen sich Politiker\*innen dadurch Zuspruch vonseiten der Wähler\*innen. Der islamfeindliche Kurs vieler rechtspopulistischer und konservativer Parteien in Europa findet auch durchaus Bestätigung. Das Gesamtbild ist komplex und wirft fundamentale Fragen zu den Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens neu oder erneut auf.

In diesem Buch habe ich am Beispiel der österreichischen Situation versucht, einige der zentralen Fragen, die an der Schnittstelle von Migration und Religion diskutiert werden, und die Antworten, die von wissenschaftlicher Seite darauf gegeben werden, darzustellen. Einleitend habe ich dazu auf die grundlegenden theoretischen Debatten, welche die Migrationsforschung und auch dieses Buch durchziehen, Bezug genommen, um diese dann an praktischen Beispielen zu diskutieren.

Beginnend mit einer Darstellung der österreichischen Religionslandschaft und ihrer Einbindung in das politische System habe ich gezeigt, dass Österreich vor allem in struktureller Hinsicht nach wie vor ein stark katholisch geprägtes Land ist. Gleichzeitig macht ein historischer Rückblick deutlich, dass Religionsvielfalt keinesfalls eine Neuerung für dieses Land darstellt, sondern bereits in Zeiten der österreichisch-ungarischen Monarchie ein dominantes politisches Thema war. Umso deutlicher wird, wie sehr Prozesse der Politisie-

rung von Religion im Kontext von Migration für die aktuelle Relevanz des Themas verantwortlich sind.

Die diskursive Konstruktion von Migration und Religion, die vor allem von der sozialkonstruktivistischen Forschung untersucht und in Kapitel 3 anhand der Konzepte von Grenzziehung und Othering diskutiert wurde, ist ein zentrales Thema der Migrationsforschung. Welche Themen wann Konjunktur haben, wie Migration und Religion in Medien und politischen Debatten verknüpft sind und welche Gruppen auf diese Weise diskursiv erzeugt werden, ist essenziell für empirische Analysen von Herausforderungen im Themenfeld Migration, nicht zuletzt deshalb, weil in der Migrationsforschung häufig der Fehler gemacht wird, politische Problembefunde als Ausgangspunkte für Forschungsfragen heranzuziehen. Politische Akteur\*innen nutzen das Thema Migration für ihre jeweiligen Interessen und geben dabei oft andere Themen vor als jene, die aus empirisch-forscherischer Sicht bearbeitet werden sollten.

Politische Parteien und ihre Beziehung zu Migration und Religion sind auch aus diesem Grund von großem Interesse. In Kapitel 4 wurden unterschiedliche parteipolitische Positionen anhand der im österreichischen Parlament vertretenen Parteien erörtert. Diese Positionen sind durchaus beispielhaft für die jeweiligen europäischen Parteienfamilien. Beim Thema Migration vermischen sich „alte“ Positionierungen zum traditionellen Konfliktfeld Religion mit neuen Positionierungen entlang der Achse Grün/Alternativ/Libertär – Traditionalistisch/Autoritär/Nationalistisch. Das führt mitunter zu widersprüchlichen Verhaltensweisen, etwa wenn einerseits das Christliche an der eigenen Politik beschworen wird, aber gleichzeitig das Politische am Islam verboten werden soll.

Die unklare bis unmögliche Trennung von Politik und Religion zeigt sich auch beim viel besprochenen Thema Werte, das in Kapitel 5 im Fokus stand. Seit Jahren haben Wertefragen in der Integrationsdebatte Hochkonjunktur. Wertekurse und Wertefibeln sind dabei greifbare Politikmaßnahmen, die auf der Idee fußen, dass bestimmte Gruppen von zugewanderten Menschen

– in der Regel Geflüchtete und Drittstaatsangehörige, die angesichts der aktuellen globalen Migrationsbewegungen meist aus muslimisch geprägten Ländern stammen – kollektive Werte, die in Österreich selbstverständlich seien, erst erlernen müssten. Die fast ausschließlich quantitative Forschung zu Werterhaltungen von Migrant\*innen in Österreich krankt aber an den schwierigen Bedingungen für empirische Untersuchungen, es gibt kaum repräsentative Studien. Die Ergebnisse aus der Werteforschung zeigen zumeist eine konservativere Haltung bei Migrant\*innen der ersten Generation, bei ihren Kindern gleichen sich die Einstellungen jedoch an den österreichischen Durchschnitt an. Häufig sind aber auch keine Vergleichsdaten zur Gesamtbevölkerung verfügbar. Generell lässt sich beobachten, dass bei den Werterhaltungen von Migrant\*innen ähnliche Tendenzen auftreten wie bei der ansässigen Bevölkerung: Religiösere akzeptieren Geschlechterungleichheiten eher, ältere sind konservativer und der Bildungsgrad ist entscheidend für liberale und egalitäre Haltungen. Einstellungen zu liberalen Werten hängen also von anderen Faktoren als der Migrationsbiografie ab.

Während sich Werterhaltungen von Migrant\*innen in der Regel an jene der Mehrheitsbevölkerung angleichen, bestehen vielfältige Beziehungen zwischen Zugewanderten und Herkunftsregionen auch dauerhaft fort. Wie in Kapitel 6 thematisiert wurde, können solche transnationalen Netzwerke ganz unterschiedliche Formen annehmen. Diasporagemeinden bleiben oft in Fragen des religiösen Wissens und häufig auch finanziell eng mit Institutionen im Herkunftsland verbunden. Transnational agierende Religionsgemeinschaften, aber auch radikale, religiöse Netzwerke sind bemüht, etwa Kinder von Migrant\*innen zu rekrutieren. Gleiches gilt in manchen Fällen für staatliche Akteur\*innen in den Herkunftsstaaten der Migrant\*innen, die über das Vehikel der Religion nicht selten im Ausland Einfluss nehmen wollen.

Zahlreiche Facetten des Phänomens Religion bleiben für die Geistes- und Sozialwissenschaften schwer greifbar. Der funktionale Blick auf Religion, also die Beschreibung dessen, was Religion tut, richtet im Themenfeld Migration die Aufmerksamkeit auf die

Organisationsform, die individuellen Erfahrungswelten, die rituelle Dimension sowie die doktrinäre, ethische und symbolische Ebene. Substanzielle Zugänge zu Religion, also Versuche, das Wesen von Religion zu erfassen, sind dagegen nicht im Fokus der sozialwissenschaftlichen Fragestellungen der Migrationsforschung.

Eine Ergänzung scheint hier allerdings angebracht: Sehr deutlich hat sich gezeigt, dass Religion in Migrationskontexten vor allem auch eine Kategorie der Selbst- und Fremdzuschreibung ist. Diese komplexe Dynamik zwischen Identitätsbezügen, Gruppenbildung und Othering ist charakteristisch für das Themenfeld Migration und Religion. Während ein essenzialistisches Religionsverständnis etwa für den rechtlichen Rahmen unabdingbar ist, muss das gleiche essenzialistische Verständnis andernorts, etwa bei einem Interesse an Prozessen der Integration, aufgebrochen werden. Um Regelungen zur Religionsausübung zu treffen – etwa zur Frage, welche Feiertage anerkannt werden oder welche religiösen Symbole wo Platz haben –, müssen Staaten die Eckpunkte von Religion festmachen. Idealerweise passiert das im Austausch mit Religionsgemeinschaften. Dabei kann nur bedingt auf unterschiedliche Lehren und Praktiken eingegangen werden. Die bestehende Vielfalt von Religionspraxis und Religiosität bewusst wahrzunehmen, ist aber im Kontext von Integrationsprozessen wichtig. Es handelt sich um komplexe soziale Anpassungsschritte im Leben von Gruppen und Individuen, die besser verstanden werden können, wenn man verallgemeinernde Zuschreibungen vermeidet. Das dynamische Zusammenspiel von essenzialistischen und dekonstruktivistischen Sichtweisen auf Religion stellt somit einen zentralen Beitrag der Migrationsforschung auch zu religionswissenschaftlichen Debatten dar.

Der breite Themenbogen, der in diesem Buch gespannt wurde, verbleibt sicherlich an vielen Stellen an der Oberfläche. Dennoch ist es mir hoffentlich gelungen, die Vielfalt an Fragestellungen und Perspektiven aufzuzeigen und aufzubereiten. Abschließend möchte ich hier Zukunftsperspektiven für religiös diverse Gesellschaften, die darin agierenden Religionsgemeinschaften, politische Akteur\*innen und die Migrationsforschung andenken.

### **7.1 Zukunftsperspektiven für die Gesellschaft**

Religionsvielfalt hat historisch betrachtet immer wieder zu Auseinandersetzungen geführt. Die Akzeptanz von (Religions-)Pluralismus ist aber auch eine der wesentlichen zivilisatorischen Errungenschaften der Menschheit. Die grund- und menschenrechtliche Verstärkung dieser Akzeptanz macht es möglich, diese auch angesichts von Konflikten aufrechtzuerhalten. Diese Grundlage liberaldemokratischen Zusammenlebens bleibt jedoch immer zerbrechlich und kann nie vollständig abgesichert werden.

Migration stellt viele Gesellschaften vor große Herausforderungen. Auch wenn Wanderungsbewegungen nichts Neues darstellen, so hat doch ihr Ausmaß eine neue Dimension angenommen. Die reinen Migrationszahlen für die Brisanz von Migrationsthemen verantwortlich zu machen, greift aber definitiv zu kurz. In einigen osteuropäischen Ländern gehen Massen auf die Straße, um gegen Einwanderung zu demonstrieren, obwohl es nahezu keine Migration in ihre Staaten gibt. Umgekehrt haben Länder wie Luxemburg traditionell sehr hohe Zuwanderungsraten, die politisch wenig umstritten sind. Worum es geht, ist eher, dass Migration strukturelle Ordnungen infrage stellt. Das reicht von ideellen Konstrukten wie der Nation bis hin zu handfesten institutionellen Strukturen wie jenen des Wohlfahrtsstaates. Wenn nun Religion in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Migration und Migrant\*innen zum Thema wird, geht es um Veränderungsprozesse ideeller wie institutioneller Ordnungen.

Eine zentrale Frage für das Fortbestehen liberaldemokratischer Ordnungen lautet, wie Pluralismusakzeptanz in Gesellschaften aufrechterhalten werden kann, wenn diese durch mannigfaltige Entwicklungen – wie Rechtspopulismus, religiöser Extremismus, Verteilungskämpfe, Prekarisierung und Globalisierung – unter Druck geraten. Antworten finden sich im Kleinen wie im Großen. Paul Gilroy (2009) formuliert sein Konzept der Conviviality anhand der Beobachtung, dass trotz konfliktbehafteter Debatten um Diversität vor allem in großen Städten, wo viele Menschen in großer Verschiedenheit nebeneinanderleben, Zusammenleben überwiegend

friedfertig verläuft. Konflikte stellen die Ausnahme dar. Als entscheidend sieht Gilroy dabei soziopsychologische Faktoren, wie etwa die kleinen, unverbindlichen und flüchtigen Begegnungen des Alltags, die zum Aufbau von Bezügen führen. Ähnliches betont aus einer sozialpsychologischen Forschungstradition heraus die sogenannte Kontakthypothese, die besagt, dass Begegnungen mit Diversität (bis zu einem gewissen Ausmaß) zu mehr Akzeptanz von Vielfalt führen (Stürmer/Kauff 2020).

Begegnungen sind definitiv ein Schlüsselement für die Akzeptanz von Pluralismus. Die Vermeidung von Segregation scheint daher für die zukünftige Entwicklung des Zusammenlebens mit Menschen mit unterschiedlichen Migrationsbiografien und Bezügen zu Religion ganz entscheidend. Abkapselung, häufig als Reaktion auf Diskriminierungserfahrung, ist jedoch nicht nur unter Migrant\*innen eine Realität. Auch im schulischen Kontext, einem der wesentlichen gesellschaftlichen Begegnungsfelder, kommt es zur Trennung verschiedener Gruppen. Aus diesem Grund werden das selektive österreichische Schulsystem, in dem Bildung weitgehend vererbt wird, und Projekte wie segregierte Deutschklassen für neu zugewanderte Schüler\*innen aus wissenschaftlicher Sicht überwiegend als problematisch bewertet (Gruber/Tölle 2018; Lassnig/Bruneforth 2012).

Ein weiterer für Gesellschaften zentraler Aspekt im Miteinander der Religionsvielfalt ist das Zusammenspiel von anhaltenden Säkularisierungsprozessen, zunehmenden alternativen Formen des Religiösen, fundamentalistischen Tendenzen in allen Religionsgemeinschaften und politischer Instrumentalisierung von Religion. Religion wird gleichzeitig mehr und weniger, gewinnt und verliert an Bedeutung. Diese Dynamik erzeugt gesellschaftliche Spannungen. Forscher\*innen wie Kristina Stöckl und Massimo Rosati (2016) sprechen von postsäkularen Konflikten, die nicht mehr an der Bruchlinie von religiös und säkular verlaufen, sondern sich quer durch die Religionsgemeinschaften (und sogar transnational über verschiedene Religionstraditionen hinweg) zwischen konservativen und liberalen Positionen entwickeln. Gleichzeitig verschwindet die vorhandene Bruchlinie zwischen religiös und säkular nicht, sondern wird um postsäkulare Konflikte zu moralpolitischen Fragen aufgestockt. Ob

dieses Potenzial sich zu handfesten Auseinandersetzungen auswächst, hängt stark von den unterschiedlichen Akteur\*innen ab, die in den folgenden Abschnitten auch noch einzeln besprochen werden.

Diese Entwicklungen um Religion in Europas Gesellschaften passieren nicht aufgrund von Migration, aber durchaus in Verbindung mit ihr. Vermehrte Migration und die Wahrnehmung von (manchen) Migrant\*innen als religiöse Menschen rütteln auch an den Abgrenzungsmauern jener gesellschaftlichen Räume, die Religion in den vergangenen Jahrzehnten zugestanden und aberkannt wurden. So ist die öffentliche Sichtbarkeit von gelebter Religion eine der zentralen Erklärungen dafür, dass die Präsenz des Islam von vielen als problematisch wahrgenommen wird (Pickel 2018). Ob hier ein Gewöhnungseffekt oder eine noch stärkere Zurückdrängung eintreten wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls muss mitbedacht werden, dass das Unbehagen über vitale Religiosität in stark säkularisierten Gesellschaften nur ein Teil der Geschichte ist. Wie Fatima El-Tayeb (2011) betont, sind gerade muslimische Frauen mit Kopftuch das „sichtbar Andere“ in einem Europa, das zwar strukturellen Rassismus kennt, aber aufgrund seiner Geschichte über Rasse nicht spricht. Dieser Rassifizierung von Religion entgegenzutreten, um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und ihre spaltenden Konsequenzen einzudämmen, ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die es im Sinne eines friedlichen Miteinanders zu meistern gilt. Nicht zuletzt muss dies gelingen, weil immer mehr junge Menschen hier aufwachsen und aufgrund ihrer Religion oder der Zuschreibung einer bestimmten Religionszugehörigkeit Ausgrenzung erfahren (Erkurt 2020).

## ***7.2 Zukunftsperspektiven für Religionsgemeinschaften***

Obwohl Religion auch abseits von Religionsgemeinschaften gelebt wird, spielen diese doch eine zentrale Rolle für individuelle, kollektive und öffentliche Religion. Durch Migration verändern sich die Konstellationen zwischen den bestehenden Religionsgemeinschaften. In Österreich gibt es eine vergleichsweise breite Anerkennungs-

praxis, die dazu führt, dass viele größere und kleinere, jüngere und ältere, langansässige und neu hinzugekommene Gemeinschaften von der gesetzlichen Ebene her betrachtet im Wesentlichen die gleichen Rechte haben. Die jeweiligen spezifischen, historischen sowie gegenwärtigen Positionen erzeugen dennoch große Ungleichheiten zwischen den Religionsgemeinschaften, was etwa ihre diskursive Wahrnehmung, ihren Einflussbereich, ihre Involviertheit in staatlichen Institutionen, ihre (finanziellen) Ressourcen und ihre Möglichkeiten des Lobbyings für ihre Interessen angeht. Je nach der eigenen Position werden Religionsgemeinschaften auch unterschiedlich von Migration tangiert.

Der interreligiöse Dialog stellt, zumindest laut offiziellem Auftreten, ein wesentliches Anliegen der meisten anerkannten Religionsgemeinschaften dar. Im Dialog nehmen Religionsgemeinschaften eine von der säkularen Umgebung gutgeheißene Aufgabe wahr (Weiße/Amirpur/Körs et al. 2014). Zunehmend gemeinsam werden auch Aufgaben der sogenannten Stellvertreterreligion erfüllt, wie ein von Grace Davie geprägter Begriff lautet. Hiermit sind Formen religiöser Praxis gemeint, die stellvertretend für eine religionsferne Mehrheit durchgeführt werden. Obwohl immer weniger Menschen selbst religiös sind, bleibt der Wunsch nach religiösen Bewältigungsstrategien, etwa Gedenkritualen im Anschluss an Tragödien und Gewaltakte, erhalten (Davie 2007). Als jüngstes Beispiel dienen hier die verschiedenen interreligiösen Gedenkveranstaltungen nach der Terrorattacke vom 2. November 2020 in Wien.

Angesichts des nach wie vor wachsenden Rechtfertigungsdrucks für Religionsgemeinschaften gegenüber säkularer Kritik, die etwa ihre privilegierte Einbindung in staatliche Institutionen und Kooperationen wie in Österreich infrage stellt, lässt sich Zusammenhalt zwischen den Gemeinschaften beobachten. Insbesondere wenn es um Widerstand gegen die Zurückdrängung der Religion in den privaten Raum geht, unterstützen öffentlich agierende Religionsgemeinschaften einander häufig (dazu zum Beispiel derstandard.at 2013; kurier.at 2017; religion.orf.at 2019).

Gleichzeitig wäre es falsch, davon auszugehen, dass Religionsgemeinschaften einheitlich handlungsfähige Akteurinnen sind. Hinter

einer solchen Annahme steht vermutlich das in Österreich so prägende Bild der römisch-katholischen Kirche mit ihren klaren hierarchischen Strukturen und strikt festgehaltenen Lehrmeinungen. Dabei stellt eine solche Verfasstheit unter Religionsgemeinschaften die Ausnahme dar. Innere Konflikte sind zudem in allen Gemeinschaften Realität. In solchen, die sehr stark von Migration geprägt sind, in Österreich etwa die IGGÖ oder der ALEVI, kommen zu den allgemeinen Herausforderungen für den inneren Zusammenhalt in Religionsgemeinschaften besondere migrationsbedingte Probleme hinzu. Unter den Alevit\*innen in Österreich gibt es seit Jahren einen erbitterten Anerkennungsstreit, der unter anderem mit importierten Konflikten aus der Herkunftsregion vieler Alevit\*innen zu tun hat (Hammer 2018). In der IGGÖ sind Machtkämpfe zwischen liberalen und konservativen, vor allem aber zwischen sprachlichen, ethnischen und nationalen Gruppen keine Seltenheit (May/Rohrhofer 2018). Dabei ist allerdings auch zu betonen, dass die IGGÖ unter ihrem Dach ein sehr diverses Spektrum an muslimischen Akteur\*innen vereint, deren Diversität nicht zuletzt aus ihren jeweiligen theologischen Ausrichtungen besteht. Interne Zerreißproben zu überstehen, um nach außen hin handlungsfähig zu bleiben, stellt eine wesentliche Herausforderung dar.

Innerhalb des breiten Spektrums der Muslim\*innen in Österreich, sind vereinzelte fundamentalistische oder radikale Tendenzen als hochproblematisch einzustufen. Häufig sind es junge Menschen, die ihren gesellschaftlichen Platz nicht finden und in den Versprechungen radikaler Gruppen eine Perspektive sehen. „Protestbewegungen“ nennt etwa der Islamwissenschaftler Rüdiger Lohlker (2017) die salafistischen Bewegungen im Islam, die derzeit so viel Zulauf erleben. Dramatisch ist der Zulauf zu solchen Gruppierungen insbesondere dann, wenn zu antipluralistischen Vorstellungen Gewaltbereitschaft hinzukommt, wie etwa beim von Jihadist\*innen religiös begründeten Terrorismus. Dennoch ist nicht erst Gewaltanwendung als problematisch zu erachten. Fundamentalistische Entwicklungen, die in allen Religionstraditionen derzeit verstärkt vorkommen, sind immer ganz wesentlich von einer Ablehnung des Pluralismus gekennzeichnet und daher als gefährlich einzu-

stufen (Emerson/Hartman 2006; Mattes/Urbanic/Limacher 2020; Riesebrodt 2000). Für alle Religionsgemeinschaften stellt die Auseinandersetzung mit radikalen Tendenzen in der eigenen Gemeinschaft daher eine schmerzhaft, aber dringend notwendige Aufgabe dar. Dies wird sich auch in Zukunft nicht ändern, weswegen der selbstkritische Blick auf problematische Entwicklungen für Religionsgemeinschaften zu den zentralen Zukunftsaufgaben gehört.

### **7.3 Zukunftsperspektiven für die Politik**

Für politische Parteien und ihre Akteur\*innen stellt sich in Bezug auf Migration und Religion die Frage, ob sie ihre traditionellen Positionen zum Thema Religion oder zum Thema Migration fortschreiben wollen. Diese sind häufig nicht deckungsgleich. Hinzu kommen außerdem noch solche Parteien, die zu einem dieser Themen oder sogar zu beiden bisher keine gefestigte Position finden konnten. Die Antimigrationshaltung der rechtspopulistischen Parteien, die seit der Jahrtausendwende zudem von starker Islamfeindlichkeit und der Beschwörung eines Kulturchristentums geprägt ist, stellt im Gegensatz dazu eine klare Position dar. Als eher gefestigt sind auch diejenigen linken Positionen zu betrachten, die sich gegen starke Grenzregime und gegen die Ausgrenzung von Muslim\*innen richten, die letztere jedoch eher als Migrant\*inengruppe denn als religiöse Gruppe wahrnehmen. Dazwischen gibt es alle Varianten und Kombinationsmöglichkeiten von Positionen zu Migration und Religion, die für politische Parteien häufig mit internen ideologischen Grabenkämpfen verbunden sind, wie auch Kapitel 4 gezeigt hat (Laurence 2013; Mattes 2017c; Müller 2014).

Die Politisierung von Migration und Religion wird von solchen politischen Akteur\*innen vorangetrieben, die eindeutige Positionen haben, da diese auch diejenigen sind, die von der starken Präsenz des Themas profitieren. In unterschiedlichen Formen ist die Politisierung von Religion im Kontext von Migration nun schon sehr lange präsent und verfestigt sich zunehmend zu einem festen Bestandteil des innenpolitischen Themenspektrums. Gleichzeitig aber braucht es politische Antworten auf die Fragen, die sich aus den Verände-

rungen der religiösen Landschaft ergeben. Diese fehlen trotz der breiten Thematisierung allzu oft.

Im Sinn einer lösungsorientierten Politik kann aus den Analysen der sozialwissenschaftlichen Forschung heraus begründet für eine Trennung von Religions- und Integrationspolitik eingetreten werden, zumindest in jenen politischen Systemen, die Religionspolitik als eigenes Feld etabliert haben. Gerade die Vermischung von Integrations- und Religionspolitik wird in der Forschung kritisch betrachtet (Foroutan 2013; Karakayali 2009; Tezcan 2012). Hier geht es konkret um den Umgang mit dem Islam und muslimischen Gemeinschaften. Die Beziehungen zu islamischen Gemeinschaften werden eben nicht als Teil des allgemeinen Arrangements zwischen Staat und Religionen wahrgenommen, sondern mit Integration und dadurch immer auch mit Fremdheit in Verbindung gebracht. Seit der Zusammenlegung der personellen Zuständigkeiten für Integration und Kultusfragen unter der ÖVP-Grünen-Regierung im Jahr 2020 ist das in Österreich verstärkt der Fall. Ähnliches gilt für die diskursive Rahmung der Islampolitik als Sicherheitsfrage (Cesari 2009a). Gegenüber dem Islam wird damit immer eine „Politik der Ausnahme“ betrieben, für die in Österreich lebenden Muslim\*innen wäre aber allgemeine Religionspolitik abseits von Terror und Wertekursen nötig.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit problematischen Tendenzen in Religionsgemeinschaften wird von vielen politischen Akteur\*innen zu Recht gefordert. Trotzdem sehen wir aktuell viel symbolische Politik, die in erster Linie Grenzziehung betreibt. Maßnahmen, wie die Schaffung einer Dokumentationsstelle für Politischen Islam sind nicht per se abzulehnen. In der Umsetzung wird aber kaum auf Lebensrealitäten und Wissensressourcen von Muslim\*innen in Österreich geachtet und gebaut, sondern in erster Linie auf sogenannte „islamkritische“ Akteur\*innen und ihre Ansichten gesetzt. Wissenschaftliche Arbeitsweisen werden dabei mit geheimdienstlichen Aufgaben vermischt, sodass fraglich ist, ob eine so gestaltete Stelle die ihr gesetzten Ziele überhaupt erfüllen kann. Wenn dies nicht der Fall ist, dient sie lediglich der Signalisierung eines „harten Kurses“, der letztlich alle Muslim\*innen im Land trifft (Ali 2020).

Ein wesentlicher Aspekt in der Migrations- und Integrationspolitik von Ländern wie Österreich ist der harsche Ausschluss jener, um die es in diesen Debatten geht. Aufgrund restriktiver Regeln zur Staatsbürgerschaft, die auf dem Abstammungsprinzip aufbauen und Einbürgerung möglichst erschweren, lebt ein großer Teil der Bevölkerung ohne politische Mitbestimmungsrechte an ihrem Wohnort. In der Hauptstadt Wien haben zu Beginn des Jahres 2020 30,8 Prozent der Bevölkerung keinen österreichischen Pass und sind somit (mit der Ausnahme von EU-Bürger\*innen auf Gemeindeebene) in Österreich nicht wahlberechtigt (nachrichten.at 2020). Demokratiepolitisch ist dies sehr problematisch (Bauböck 2017; Valchars 2006). Auch aus einer Parteienlogik heraus entsteht damit das Defizit, dass jene 30,8 Prozent ausländischer Staatsangehöriger nicht als Wähler\*innen infrage kommen, was ihre politische Interessenvertretung unwahrscheinlich und für Parteien wenig rentabel macht. Dies spielt auch eine Rolle für den Umgang mit Religion im Migrationskontext.<sup>24</sup>

Die Mitbestimmung von religiösen Minderheiten wird über das österreichische Arrangement der Beziehungen zwischen Staat und Religionen zwar gefördert, verbleibt aber auf Ebene der Institutionen und schließt Individuen aus. Darüber hinaus ist diese Mitbestimmung thematisch beschränkt und von der Inklusionsbereitschaft der Regierenden abhängig. So stellt die Repräsentation über den Umweg der Religionsgemeinschaften keinen adäquaten Ersatz für politische Mitbestimmungsrechte des Individuums dar (Rosenberger/Mourão Permoser 2009). Eine Staatsbürgerschaftsreform wie 1999 in Deutschland, bei der im Land geborene Kinder den Pass ihrer Heimat bekommen, wenn ein Elternteil davor einige Jahre legalen Aufenthalt vorweisen kann, ist längst überfällig (Storz/Wilmes 2007). Selbst wenn der Zugang zu politischer Mitbestimmung erschwert bleibt, werden sich viele politische Akteur\*innen fragen müssen, wie tragfähig eine auf Ausgrenzung basierende Politik für die staatliche

---

<sup>24</sup> Ausführlicher befasst sich mit diesem Thema der in derselben Reihe erscheinende Band „Migration & Staatsbürgerschaft“ (Valchars und Bauböck 2021).

Gestaltung des Verhältnisses zwischen Migration und Religion ist und welche zusätzlichen Probleme durch sie erzeugt werden. Auch in der Migrationspolitik ist es notwendig, längerfristige und nachhaltige Ansätze zu entwickeln, die Inklusion nach Migration als den Normalfall sehen und ermöglichen.

#### **7.4 Zukunftsperspektiven für die Forschung**

Nicht zuletzt stellt Migration und Religion auch für die Migrationsforschung nach wie vor ein weites zu bearbeitendes Feld dar. Obwohl die Thematisierung von Religion im Kontext von Migration dem ansonsten von den Sozialwissenschaften eher vernachlässigten Thema einen Boom beschert hat, haben sich die meisten Arbeiten auf einige wenige Forschungsbereiche konzentriert. Kaum behandelt wird im migrationswissenschaftlichen Mainstream etwa Religion von nicht-muslimischen Migrant\*innen. Hier liegt ein vielversprechendes Forschungsfeld, dessen Untersuchung helfen könnte, die Dynamiken, die tatsächlich an das Phänomen der Religion im Migrationskontext gebunden sind und weniger mit der Politisierung des Islam zu tun haben, besser zu verstehen.

Der einseitige Fokus auf den Islam als Thema der Migrationsforschung ist auch Grund zur Selbstkritik. In dem lesenswerten Sammelband „Der inspizierte Muslim“ betont Shirin Amir Moazami, dass es derzeit kaum einen zweiten sozialwissenschaftlichen Forschungsbereich gibt, bei dem akademische Wissensproduktion und politische Eingriffsoption derart eng verknüpft sind, und fragt angesichts der explodierenden Forschung zu Islam in Europa:

Wie tragen wir selbst zur Veräußergewöhnlichung oder Normalisierung von Muslimen in Europa bei – etwa indem wir auf die finanziellen Anreize der staatlichen Forschungsförderung anspringen, indem wir Fragen stellen, die hegemoniale Fragerahmungen reproduzieren, oder indem wir vorgeben, unbeteiligte Beobachter im weißen Kittel zu sein, deren eigene Befindlichkeiten und epistemologische Vorannahmen im Forschungsprozess ausgeblendet werden konnten. (Amir-Moazami 2018, 30)

Auch Rogers Brubaker (2013a) fordert angesichts der beinahe fließenden Übergänge zwischen Forschung und politischer Praxis zum Zusammenhang von Migration und Religion einen präziseren Umgang mit Kategorien der Analyse und Kategorien der Praxis. Eine unreflektierte Nutzung birgt die Gefahr, Selbst- und Fremdidentifizierungen zu übernehmen, ohne auf deren Rolle für die eigene Forschungsfrage einzugehen. So streicht etwa die Nutzung der Kategorie Muslim\*innen immer ein religiöses Merkmal hervor, unter dem eine diverse Gruppe an Menschen subsumiert wird. Ob aber tatsächlich das Merkmal Religion entscheidend ist, gilt es vor jedem Forschungsprozess und auch im Laufe dessen kritisch und reflexiv zu hinterfragen.

Besonders problematisch ist die Vermischung von Kategorien der Analyse und Kategorien der politischen Praxis im Bereich der politisch initiierten Auftragsforschung. Studien des ÖIF und von Ministerien finanzierte Arbeiten sind in diesem Buch häufig erwähnt worden. Die Inhalte, die solche Forschungsarbeiten liefern, werden zumeist selektiv von politischen Akteur\*innen für ihre jeweiligen Argumente genutzt. Oft ist auch schon das Forschungsdesign auf die spätere politische Nutzung zugeschnitten (siehe dazu auch Johansen/Spielhaus 2012).

Während man sich über Grenzen der Quantifizierbarkeit sozialer Phänomene im Klaren sein sollte, können sorgfältig entworfene quantitative Studien wichtige und interessante Aufschlüsse bieten. Leider fehlt diese Sorgfalt in vielen Studien. Gründe dafür mögen in allzu pragmatischen Herangehensweisen, mangelnden Ressourcen oder praktischen Hindernissen liegen, etwa kleine Gruppengrößen oder die mangelnde Erreichbarkeit von Menschen mit bestimmten Merkmalen für die Erstellung repräsentativer Stichproben. Im Falle der viel beforschten Muslim\*innen in Österreich fehlt schlicht auch das Wissen um die Grundgesamtheit (siehe Infokasten 3).

Wünschenswert wäre, neben unabhängigen Studien, auch eine vermehrte Verschränkung von quantitativen und qualitativen Zugängen (Tashakkori/Teddlie/Sage Publications 2010). Eine solche Kombination verspricht das Beste zweier Welten, da die Sorgfalt und das Tiefenwissen qualitativer Forschung und die breitere Aus-

sagekraft quantitativer Methoden einander im Idealfall ergänzen und komplexere und besser abgesicherte Ergebnisse liefern. Dies gilt für die meisten sozialwissenschaftlichen Fragestellungen, aber angesichts der Politisierung des Themenfeldes Migration und Religion besonders für dieses. Leider mangelt es für solche Zugänge, die langwieriger als quantitative Befragungen und teurer als qualitative Forschung sind, vielfach an Ressourcen.

Neben methodischen Herausforderungen für die Forschung zu Migration und Religion stellt insbesondere auch die zunehmende Trennung theoretischer Herangehensweisen ein Problem dar. Die Spezialisierung und Ausdifferenzierung der Sozialforschung in unterschiedliche Forschungstraditionen führt dazu, dass verschiedene Denkschulen zu selten miteinander in einen Dialog treten. Im Forschungsfeld Migration und Religion fällt etwa auf, dass essenzialistische und dekonstruktivistische Perspektiven auf Religion und Migration kaum aufeinander Bezug nehmen. Dabei ist es gerade die Kombination dieser beiden Blickwinkel, die das Themenfeld so spannend macht. Religion ist eine zugeschriebene Gruppenbenennung, die zur symbolischen Grenzziehung instrumentalisiert wird. Religion ist auch eine für Individuen und Gruppen zentrale, selbstgewählte, grundrechtlich vielfach geschützte Identitätskategorie (siehe dazu auch Furlinger 2017). Es gilt, die Dynamik von Fremd- und Selbstzuschreibung, rechtlicher Kategorie und rassifizierter Religion wahr- und ernst zu nehmen.

Kombinationen essenzialistischer und konstruktivistischer Perspektiven unter Einbeziehung multikulturalistischer Repräsentationsansprüche, wie sie in diesem Buch anhand der in jedem Kapitel angefügten normativen Debatten aus den verschiedenen theoretischen Zugängen aufgezeigt wurden, wären dringend notwendig. Gelingt es nicht, hier auch über die Forschungstraditionen hinweg zu einem Austausch zu kommen, geht viel von dem Potenzial verloren, das sozialwissenschaftliche Forschung hat, um konstruktiv zum Verständnis von gesellschaftlichen Transformationsprozessen beizutragen.

Klar ist, dass nach Jahrzehnten der Politisierung von Religion im Kontext von Migration ein komplexes Feld an Interessen und

Akteur\*innen entstanden ist, das auch eine gewisse Stabilität hat, also durchaus noch längerfristig auf der Forschungsagenda stehen wird. Zu diesem Feld zählen Religionsgemeinschaften und religiöse Menschen, migrierte und nichtmigrierte Individuen, zivilgesellschaftliche und politische Akteur\*innen und nicht zuletzt die Migrationsforschung selbst mit ihren Beiträgen zur Analyse dieses Knotens. Während manche eine Überwindung des Fokus auf Religion in der Migrationsthematik suchen, profitieren andere von dessen Präsenz. In diesem Buch habe ich versucht, diese komplexe Gemengelage an der Schnittstelle von Migration und Religion aufzufächern und damit den Auftrag einer anwendungsorientierten Migrationsforschung zu erfüllen, Wissensressourcen für alle Interessierten zu schaffen.